

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat drei Mark 20 Pf. (halbmonatlich 1 Mark); durch die Post bezogen monatlich 2 Mark, (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-22 / Geschäftsstelle und Expedition: Anzeiger-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-22, Güterbahnhofstraße 2 / Fernsprechnummer 2 / Fernpost: Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtnachricht: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Donnerstags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltenen Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 Mark, für Familienanzeigen 0,20 Mark, für die Restanzeige anschließend an den dreigespaltenen Zeitungsblock 1,25 Mark. Anzeiger-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-22, Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang

Freitag, den 22. Oktober 1926

Nummer 236

Auftakt zum Wahlkampf

Gegen den Bürgerblock und seine Lakaien — Die Antwort auf Kühns Polizeiterror

Massenversammlungen in Dresden

Mit 9 großen Massenversammlungen leitete gestern die kommunistische Partei gemeinsam mit dem Roten Frontkämpferbund den Wahlkampf in Dresden ein. Die Versammlungen, in denen die Genossen Leo w (Berlin), K u s s (Köln) und Dr. Schminde zu den Dresdner Arbeitern sprachen, waren durchweg überfüllt und von gutem Kampfsgeist getragen. Der Aufruf der Dresdner Arbeiter in den geistigen Massenversammlungen hat gezeigt, daß die Sympathien der Arbeiter bei den Kommunisten sind; sie waren eine wichtige Antwort auf die Postlekturmethode des antisozialdemokratischen Polizeipräsidenten Kühn und ein glänzender Auftakt zum Wahlkampf.

Die Versammlung in den Annenböden, in der Genosse Leo w referierte, war schon vor Beginn derart überfüllt, daß viele Versammlungsbesucher umkehren mußten. Die Polizei mußte die Galerie freigegeben. Die Schalmeykapelle des RFB leitete die Kundgebung ein. Einmalig begrüßt ergriff dann Genosse Leo w das Wort und schilderte die Lage und Aufgaben der deutschen, insbesondere der sächsischen Arbeiterklasse. Unter anderem wies er auf seine Ausführungen mit dem Ruf: „Vorsicht durch rote Einheitsfront zu einem roten Arbeiterblock und zu dem Sieg der Werktätigen über ihre Feinde und deren sozialdemokratische Handlanger.“ In der darauf folgenden Diskussion teilte Genosse Siegel mit, daß die Betriebsräte von 16 Betrieben in Dresden-Friedrichstadt die Unterstützung des Kongresses der Werktätigen beschloßen haben und daß entgegen aller Sabotage und Verleumdungen der „Vollzeitung“ auch eheliche sozialdemokratische Kollegen sich dafür erklärt haben. Ein unionsfähiger Block wurde durch den Widerspruch der Versammlung gezwungen, abzutreten. Die weiter unten abgeordnete Entschickung gegen den Kühnschen Polizeiterror und einmütige Annahme. Mit dem Gehang der „Internationalen“ wurde die glänzend verlaufene Kundgebung geschlossen.

Im wachen Stabes Etablissement sprach Genosse Dr. Schminde vor einer vollbesetzten Versammlung und gab eine Übersicht über die wirtschaftliche Lage und die Beziehungen der deutschen Kapitalisten, mit Hilfe der Nationalisierung und durch verstärkte Ausbeutung der Arbeiter zu einer neuen imperialistischen Außenpolitik zu kommen. Genosse Schminde zeigte, wie aus diesen Bestrebungen heraus sich die Maßnahmen ergeben, mit denen die herrschende Klasse in Deutschland mit Hilfe militärisch-polizeilicher Vorbereitungen und diktatorischer Ausnahmegesetze die rebellierenden Arbeiter niederhalten will. Die Bestimmungen über den Artikel 48, das Diktatiergehölz des Innenministers Kull, das in diesen Tagen bekannt geworden ist, zeige, daß die Machtbefugnisse in die Hände der Militärs gelegt werden sollen. Auf der gleichen Linie liegen auch die Verfügungen des Innenministers Max Müller und des Polizeipräsidenten Kühn, die während der Wahl durch Polizeiterror der Arbeiterklasse ihre Freiheit zu verkürzen versuchen. In scharfen Worten rechnete Genosse Schminde mit der sächsischen Koalitionspolitik und den sozialdemokratischen Führern und der Halbheit der Linken ab. Der Wahlkampf müsse geführt werden mit dem Ziel: Schlag mit der Reaktion in Sachsen! Fort mit der Koalitionspolitik! Für ein rotes Arbeiterblock!

Der Karte Beifall der Versammlung zeigte, daß die Arbeiter mit den Ausführungen des Referenten vollinhaltlich einverstanden waren. Die vorgelegte Entschickung fand einstimmige Annahme. Gegner traten nicht auf.

Auch in Q b t a u war die von der Partei einberufene Versammlung ein großer Erfolg. Vor einem überfüllten Saal sprach der Spitzenkandidat der Partei, Genosse K e n n e r. Er gesteuerte in scharfen Worten die reaktionäre Politik der sächsischen Koalitionsregierung, die Handlangerdienste der „alten Sozialdemokraten“, enthüllte die Halbheiten der sächsischen Linken und zeigte die Spuren und die ganze Reihe des Arbeiterverrates in Sachsen während der Periode von 1922 bis zum heutigen Tag. Mit lebhaftem Beifall unterstrich auch die Versammlung hier die Ausführungen. In der Debatte sprach ein Unionist, und ein Sozialdemokrat verurteilte die Ausführungen des Genossen Kenners zu entkräften und die Taten seiner Partei zu rechtfertigen. In scharfer, aber scharfer Weise berechnete beiden Genossen Kenners in seinem Schlusswort eine glänzende Absicht. Die nachfolgende Entschickung, die in den übrigen Versammlungen zur Abstimmung gekommen war, fand auch hier einstimmige Annahme.

Resolution

Die am Donnerstag, den 21. Oktober 1926, in den Massenversammlungen versammelten Arbeiter Dresdens legen ganz entschieden Protest und Verurteilung gegen die Terrormaßnahmen der antisozialdemokratischen Polizeipräsidenten Kühn vor. Durch den angebrachten Polizeiterror leitete

Heer Kühn der Bourgeoisie Helfershelfer, weil der Arbeiterklasse ihre wirksamsten Propagandamittel entzogen werden. Die Versammlung protestieren insbesondere dagegen, daß es den reaktionären Offizieren der Schutzpolizei überlassen sein soll:

1. gegen den Willen der Versammlungsoberanstalten in Versammlungen einzudringen;
2. in den Versammlungen der Arbeiter das Stimmrecht auszuüben;
3. Propagandamittel willkürlich anzuhalten und zu durchsuchen;
4. das Mitführen maskierter Personen, Transparente, Puppen usw. zu verbieten.

Diese Polizeiverordnung ist einer der größten Willkürakte, die in dieser Republik zur Einschränkung der Wahlfreiheit bisher verübt wurden, sie zeigt offensichtlich, daß es keine Wahlfreiheit gibt, daß die Demokratie nichts anderes als eine Alttapeze ist, hinter der die Bourgeoisie und ihre Lakaien in der Arbeiterklasse ihre Diktatur gegen die Arbeiterklasse ausüben.

Die Einladung der KPD an die SPD und an den ADGB zu einer gemeinsamen Protestkundgebung heizen die Versammlung an. Scharfe Enttäuschung empfinden die Dresdner Arbeiter, daß der ADGB auf diesen selbstverständlichen Vorschlag der KPD nicht und die SPD ablehnend geantwortet haben.

Die Versammlung müssen wegen dieses Verhaltens die SPD und ADGB-Führer verantwortlich machen, wenn die Polizei des Herrn Kühn, so wie es bereits in Zwickau geschehen ist, ihre Sammelplätze gegen Arbeiter in Versammlungsräumen anwendet. Die SPD und der ADGB werden als mitverantwortlich erklärt werden müssen, wenn während des Wahlkampfes auch nur ein Dresdner Arbeiter von der Kühnschen Polizei mißhandelt wird.

In diesem feigen Verhalten der reformistischen SPD und Gewerkschaftsführer erkennen die Versammlung einen neuen Beweis, daß ein Unterschied zwischen den Führern der SPD und KPD nicht besteht.

Als einen Notbehelf, ausgehend vom Betrage der Arbeiter, müssen die versammelten Arbeiter Groß-Dresdens das scheinradikale Ansuchen des Herrn Seiler im Dresdner Stadtschultheißenkollegium anbringen. Nicht Worte, sondern Taten verlangt die Dresdner Arbeiterklasse im Kampf gegen Polizeimilitär und Reaktion. Weil die SPD-Führer sich von den KPD-Helden nicht im geringsten unterscheiden, geloben die Versammlung: ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, daß am 31. Oktober 1926 durch die Wahl der Kommunisten — die KPD — ein rotes Arbeiterblock geschaffen wird.

5 Millionen Mark Abschlag an die Hohenzollern

Berlin, 22. Oktober. Die Delegation meldet: Nach den Morgenblättern wird die Auszahlung der ersten 5 Millionen aus dem Hohenzollernvergleich in den letzten Oktobertagen erfolgen. Die Zahlung wird zu Händen des Generalbeschlusses des Hohenzollernhauses, Herrn von Berg, über die Verhandlung vorgenommen werden.

In Geberings Spuren

„Notfront“ beschlagnahmt — Bericht für die Faschisten
Berlin, 22. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Seltener erschien erneut die Polizei des sozialdemokratischen Innenministers Geberling bei der Bundesführung des RFB und beschlagnahmte die Nr. 17 der „Notenfront“. Die Beschlagnahme erfolgte wegen eines feilheitsmäßigen Artikels über die „militärischen Lehren der Potemtschen Reiter“. Seltener am selben Tage wurde über die Aufhebung der Verbote der Gewerkschaften Wikingbund und Olympia berichtet.

Es lebe die Volksgemeinschaft

Die Demokraten hielten am vergangenen Mittwoch in Dresden eine öffentliche Wahlversammlung ab, in der der Reichsinnenminister Kull im Verlauf seiner Rede erklärte:

Der Sammelruf der Wehrverbände in Sachsen mit seiner kristallen Parole für grundsätzlichen Ausschluß der Sozialdemokratie von der Regierungverantwortung sei eine politische-psychologische Verirrung. Ueberhaupt hätten die Wehrverbände und die vaterländischen Verbände noch nicht allenthalben die und die vaterländische Einstellung zum neuen Staat gefunden. Eine wirklich richtige Einstellung zu Volk und Staat der Gegenwart und Zukunft auf verfassungsmäßiger Grundlage finde sich eigentlich nur beim Jungdeutschen Orden, dessen Führung die Notwendigkeit positiver Arbeit für den Staat klar erkannt habe.

Positive und praktische Arbeit der Regierungen und der Parlamente zum Aufbau und Ausbau unseres politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens ist notwendig. Die Parteien der Mitte seien der Rekrutierungspunkt dieser Arbeit. Jede Unterstützung, ob sie von rechts oder links komme, sei gleich wertvoll. Das Wort „Niemals mit der Sozialdemokratie“ sei für einen Angehörigen der Mittelparteien ebenso richtig wie das Wort „Niemals mit den Sozialdemokraten“, richtig wie das Wort „Niemals mit der Sozialdemokratie“. Jeder ist herzlich willkommen, der auf der Grundlage der Verfassung den neuen deutschen Staat mit warmem Herzen, seinem Willen und nach ihrem Bestehen ausbauen will zu einem Heim für das deutsche Volk. Die Frage der Staatsform soll man aus den Debatten ausschalten, so ist ungelöst.

Der Parteitag der Britischen Arbeiterpartei

Von R. Pains Dutt

Der Parteitag der Britischen Arbeiterpartei in Margate zeigte den wachsenden Zug der offiziellen Politik der Arbeiterpartei nach rechts in der gegenwärtigen Koalitionsperiode, die der Zertrümmerung des Generalstreits und dem Verrate an den Bergarbeitern folgte; zugleich er zeigte er die Aufgabe zu einer umfassenderen Opposition als früher, die freilich noch verworren ist und der es an Organisation mangelt (der erste Beginn einer gemeinsamen Organisation des linken Flügels in der Arbeiterpartei wurde erst einen Monat vor dem Parteitag unternommen). Außerdem fehlt es dieser Opposition an einem gemeinsamen Programm. Aus allen diesen Gründen ist sie gegenüber der herrschenden und disziplinierten rechten Führung unwirksam.

Wie ungeheuer weit die Rechtsabwegung geht, zeigte sich in der Rede des Vorsitzenden. Zum Vorsitzenden hatte man den berühmtesten Renegaten Robert Williams gewählt, einen ehemaligen „ultra-linken“ Radikalen, der in der kommunistischen Partei gewesen und aus dieser wegen seiner Mißachtung am Schwarzen Freitag ausgeschlossen worden war und jetzt zum fernseitigen und gefügigen Werkzeugen Mac Donalds gemacht ist.

Die wichtigsten Punkte dieser Ansprache des Vorsitzenden (diese Ansprache werden jeweils vorher gedruckt und verbreitet und stellen, praktisch genommen, die Meinungsäußerung des Parteivorstandes dar) sind folgende:

Erstens wird der Generalstreik vorbehaltlos verurteilt. Die ganze Kampagne zugunsten einer Vorbereitung für den Mai 1926 und tatsächliche jegliche Vorbereitung gegen einen kapitalistischen Angriff werden als „militaristisch“ verurteilt. Statt dessen wird „Verständlichkeit“ empfohlen. Wie man sieht, wird hier die Logik der Kapitulation vom 12. Mai viel stärker entwickelt, als dies der rechte Flügel auf dem Gewerkschaftskongress von Bournemouth gewagt hatte, auf dem die Worte des Generalstreits immerhin noch als eine Referenz für den Gebrauch in der Zukunft zugelassen wurde. Hier aber wird aus dem Generalstreik die Lehre gezogen, daß die einzige mögliche reformistische Politik Kapitulation auf der ganzen Linie ist. Im gleichen Sinne gehalten ist die Anerkennung dessen, daß der Kampf im Bergbau nicht bloß wirtschaftlich, sondern auch politisch sei, woraus dann allerdings der Schluß gezogen wird, daß der Kampf durch das Parlament erledigt werden soll. Es muß bemerkt werden, daß auf dem Parteitag eine weitere Diskussion über den Generalstreik nicht gestattet wurde.

Zweitens wird der Kampf der Bergarbeiter gleichfalls als ein heldenhafte Verblendung verurteilt. Die Bergarbeiter werden „blinden Simons“ gleichgestellt, die die Säulen der „britischen Zivilisation“ niederreißen. Das Embargo wird für unmöglich erklärt.

Drittens wird die unvermeidliche Schlussfolgerung der Annahme des Kapitalismus und des Ausschubs des Sozialismus auf unbestimmte Zeit offen verklärt. In einem industriellen Gemeinwesen mit solchen mächtigen Hilfsquellen, wie unseres, können wir den Kapitalismus nicht jagen, sondern müssen ihn verdrängen. „Ob der Sozialismus in unseren Tagen oder auf einem besonderen Wege kommen wird, ist eine Frage der Zukunft, aber die Beherrschung des Regierungsapparates durch die Arbeiterpartei ist doch in Sicht.“ Es soll also nicht einmal die parlamentarische Mehrheit der Arbeiterpartei, die den Arbeitern in ihrem jetzigen Glanz als einzige Hoffnung vorgehalten wird, mit Notwendigkeit irgendeinen Fortschritt bringen!

Auf internationalem Gebiete sind in gleicher Weise das Lobpreisen des amerikanischen Volkes und die Angriffe auf die Sowjetunion kennzeichnend. Gegenüber der Sowjetunion verhält man, zwischen Tomski und Krasin zu unterscheiden. Für Tomski, als den Vertreter der Arbeiter und der Revolution, lautet die Politik: „Hände weg von der britischen Arbeiterbewegung!“ Für Krasin, als den möglichen Vermittler von Geschäften für den britischen Kapitalismus lautet die Politik: „Die Arbeiterpartei wünscht Herrn Krasin bei seinen Bemühungen, den Umfang des Handels zwischen der Sowjetunion und uns zu vergrößern, besten Erfolg.“ Aber das Vorbild für die Britische Arbeiterpartei ist Amerika. „Ich möchte für Veränderungen eintreten, die das arbeitende Volk Großbritanniens den Arbeitern der Vereinigten Staaten gleichstellen.“

Diese Ansprache, die als ein offener und sogar bewußt propagandistischer Ausdruck der gegenwärtigen Politik der Britischen Arbeiterpartei in Großbritannien zusammengefaßt werden kann und in einem Augenblicke gehalten wurde, da der Kampf der Bergarbeiter seinen kritischsten Punkt erreichte, rief, besonders wegen ihrer beleidigenden Hinweise auf die Bergarbeiter, auf dem Parteitag feindliche Kundgebungen hervor. Es ist bemerkenswert, daß bei der später auf dem Parteitag vorgenommenen Wahl des Parteivorstandes Williams nicht wieder gewählt wurde, was bei einem bisherigen Vorsitzenden noch nie vorgekommen ist. Trotzdem war seine Ansprache nur ein Ausdruck der tatsächlichen Politik des Parteivorstandes. Und mit Recht sagte er später einmal: „Ich habe nur das öffentliche Festhalten, was andere heute privat sagen.“

Die vorherrschende Frage des Parteitages war der Kampf der Bergarbeiter. Der Beschluß der Bergarbeiter-Delegiertenkonferenz, der gerade knapp vorher gefaßt worden war und darauf hinauslief, nicht zu kapitulieren, sondern die Offensive aufzunehmen, ließ die absolute Passivität des Parteivorstandes